

Antrag Nr. 18

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 172. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 23. Juni 2022

GEGEN DIE EINSTUFUNG VON ATOMSTROM ALS NACHHALTIGER ENERGIEFORM

Trotz massiver Kritik hat die Europäische Kommission am 2. Februar 2022 unter anderem beschlossen, Investitionen in neue Atomkraftwerke als nachhaltig einzustufen. Damit soll erreicht werden, dass die Finanzierung von Atomkraft, sei es über Kredite oder über Investmentfonds, als nachhaltig gelten darf.

Dies lehnt die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer aus folgenden Gründen vehement ab:

Die Atomtechnologie ist nicht inhärent sicher, so dass es immer wieder zu schwerwiegenden Störfällen und katastrophalen Unfällen gekommen ist. Der derzeitige Krieg in der Ukraine zeigt zusätzliche Sicherheitsrisiken, da Reaktoren nicht darauf ausgelegt sind, dem Beschuss mit schweren Waffen standzuhalten. Wie die Geschichte zeigt, sind die Folgen einer Reaktorkatastrophe weitreichend und – wegen der langen Halbwertszeiten vieler der freigesetzten Nuklide – langanhaltend. Bislang hat es bei Verseuchungen und Schäden in anderen Ländern niemals adäquaten Schadensersatz gegeben.

Weiters ist die zivile Verwendung von Atomkraft häufig der „siamesische Zwilling“ von Nuklearwaffen, so dass es stets die Gefahr der Entwicklung von Atombomben gibt.

Radioaktive Abfälle müssen über tausende Jahre sicher gelagert werden. Diese Problematik ist auch nach vielen Jahrzehnten AKW-Betrieb weitgehend ungelöst. Gerade einmal Finnland erweckt den Anschein, ein Endlager errichtet zu haben. Es ist unverantwortlich, den zukünftigen Generationen Kosten und Risiken der sicheren Lagerung radioaktiver Abfälle aufzubürden.

Uran ist ein endlicher Rohstoff, dessen Abbau mit großen Umweltzerstörungen verbunden ist und häufig unter schlechten Arbeitsbedingungen stattfindet. Auch der Bau und das abschließende Abwracken von Atomkraftwerken sowie die allfällige Errichtung von Atom Müll-Lagern sind mit großem Ressourcen- und Energieverbrauch verbunden. Atomkraft ist also nicht nachhaltig!

Die exorbitant langen Bauzeiten von Atomkraftwerken, die Kosten und Kapazitätsengpässe zeigen, dass Atomkraft keinen relevanten Beitrag zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern leisten kann. Stattdessen werden aber mit derartigen Projekten Gelder gebunden, die für eine echte Energiewende dringend notwendig wären.

Daher bekräftigt die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer ihre ablehnende Haltung gegenüber der Nutzung von Atomkraft zur Energiegewinnung und fordert die Streichung von Atomkraftprojekten aus dem delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission zur Taxonomie-Verordnung.



Sozialdemokratische
Gewerkschafterinnen
in der Bundesarbeitskammer

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input checked="" type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	--	---------------------------------------